

K a b i n e t t s p r o t o k o l l N r . 137

vom 14. Jänner 1920.

Anwesend:

Sämtliche Kabinettsmitglieder, ausgenommen Staatssekretär P a u l; ferner alle Unterstaatssekretäre.

Vorsitz.

Staatskanzler Dr. R e n n e r.

Dauer: 10.30 – 12.30.

*Reinschrift (7 Seiten), Konzept, stenographische Mitschrift, Entwurf der TO*

Inhalt:

1. Bericht des Staatskanzlers über das Ergebnis der Verhandlungen mit der tschechoslowakischen Regierung in Prag.
2. Gesetz, betreffend Kreditoperationen.
3. Verwertung des Blancaspitales in Blumau.

Beilagen:

Beilage zu Punkt 1 betr. Fernspruch vom cs. Minister Benesch aus Prag an StK. Renner über die anstehenden Verhandlungen in Prag (3 Seiten)

Beilage zu Punkt 2 betr. Gesetz für Kreditoperationen (3 Seiten, gedruckt)

Beilage zu Punkt 3 betr. Antrag des StA f. Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten auf Verwertung des Blancaspitals in der Staatsfabrik Blumau (2 Seiten)

**1.**

*Bericht des Staatskanzlers über das Ergebnis der Verhandlungen mit der tschechoslowakischen Regierung in Prag.*

Der Vorsitzende berichtet, dass die Verhandlungen in Prag in wirtschaftlicher Beziehung

nur ein sehr geringes Ergebnis gezeitigt hätten und sogar hinter unseren bescheidenen Erwartungen zurückgeblieben seien. Der Grund hiefür liege nicht im Mangel an gutem Willen auf Seiten der techechoslovakischen Regierung, sondern in den administrativen und politischen Schwierigkeiten, welche auch dieses Staatswesen, zumal jetzt in der Zeit vor den Wahlen in die Nationalversammlung, zu bestehen habe. Die Delegation kehre mit dem Eindrücke zurück, dass das Erreichte das Äußerste sei, was für den Augenblick erzielt werden konnte, dass aber Ansätze bestehen, die nach Konsolidierung der inneren Verhältnisse in der Tschechoslowakei weitergehende Zugeständnisse erwarten ließen.

Bezüglich der Kohle sei nach langwierigen Verhandlungen ein Abkommen auf eine tägliche Belieferungsmenge von 500 Waggons getroffen worden. Österreichischerseits sei zunächst die in dem bisherigen Verträge bedungene Menge von täglich 883 Waggons und sodann der Tagesdurchschnitt nach den Gesamtlieferungen im Jahre 1919 von 529 Waggons verlangt worden, wogegen die Tschechen erklärten, über den Belieferungsdurchschnitt der Monate November und Dezember von rund 400 Waggon täglich nicht hinausgehen zu können. Schließlich sei aber doch die Einräumung einer Tagesquote von 500 Waggons erzielt worden. Durch das Ergebnis der Kohlenverhandlungen erscheine wenigstens der Betrieb des Gaswerkes in Wien ohne weitergehende Einschränkungen gesichert, indem dieses Werk den von der Entente allerdings sehr knapp bemessenen Tagesbedarf von 110 Waggon und vom 1. März d. J. an 120 Waggon fortlaufend zugeschoben erhalten werde. Ferner seien jene Kohlenmengen angestanden worden, welche zur Behebung der jetzigen Stockungen im Eisenbahnverkehre erforderlich sind. Die Tschechen hatten selbst ein Interesse daran, unsere Bahnen in Gang zu bringen, um ihre bei uns stillliegenden 3 - 5.000 Waggons zurückzuerhalten und die ihnen von den Italienern verheißenen 2.500 Waggons durchtransportieren zu können. Zur laufenden Regelung der Kohlenlieferungen sei eine Kohlen- und Verkehrskommission eingesetzt worden, von deren Tätigkeit eine allmähliche Verbesserung der Kohlenzuschübe erhofft werden dürfe.

Die Verhandlungen über die Belieferung von Zucker seien unter der Einwirkung der Tatsache gestanden, dass die Tschechen den Überschuss aus der letzten Kampagne an die Entente zu einem Preise von 21 - 22 tschechoslowakischen Kronen verkauft haben und selbst dieser Preis von einem Teil der Presse als im Vergleiche au den Zuckerpreisen, die Frankreich anderwärts zahlen müsse, zu niedrig angesehen werde. Angesichts dieser Exportpreise sei es schon als großes Entgegenkommen der Tschechen zu werten gewesen, dass sie uns den Zucker gegenüber einem Anbot unsererseits von anfangs 10 und später 12 tschechoslowakischen Kronen um 16 tschechoslowakische Kronen abgeben wollten.

Schließlich sei ein Kompromiss auf der Grundlage zustande gekommen, dass die uns als zweieinhalbmonatiger Bedarf zugestandene Zuckermenge von 2.500 Waggons in 5 Teillieferungen zu je 500 Waggons zerlegt wird, wobei die erste, für Humanitätsanstalten bestimmte Teillieferung mit 11 tschechoslowakischen Kronen pro kg, jede weitere um 1 tschechoslowakische Krone höher - bis 15 tschechoslowakische Kronen bei der letzten Lieferung - berechnet werden wird. Für die Gesamtlieferung ergebe sich also ein durchschnittlicher Kilopreis von 13 tschechoslowakischen Kronen oder 40 österreichischen Kronen, mit den Steuern etwa 50 österreichischer Kronen; 500 weitere Waggons seien zu einem Preis von 15 tschechoslowakischen Kronen zugesagt worden.

Über diese Abmachungen außen- und innerpolitischer Natur werde Redner im Sinne einer mit dem Präsidenten der Nationalversammlung getroffenen Vereinbarung in der Sitzung des Ausschusses für Äußeres am 15. d. M., beziehungsweise in der Sitzung des Finanz- und Budgetausschusses vom 16. d. M. Bericht erstatten. Die Kabinettsmitglieder würden von den Obmännern der beiden Ausschüsse zur Teilnahme an diesen Sitzungen eingeladen werden.

Der Kabinettsrat nimmt die Ausführungen des Vorsitzenden zur Kenntnis und erklärt sich mit der Erstattung der weiteren Berichte im Ausschusse für Äußeres beziehungsweise im Finanz- und Budgetausschusse einverstanden.

## 2.

### *Gesetz, betreffend Kreditoperationen.*

Staatssekretär Dr. R e i s c h unterbreitet dem Kabinettsrat den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Kreditoperationen, durch welches der Staatssekretär für Finanzen ermächtigt werden soll, für die Bedeckung des durch die bisherigen Kreditvollmachten nicht bedeckten Restes des Abganges im Staatsvoranschlage 1919/20 im Kreditwege vorzusorgen. Der sprechende Staatssekretär fügt bei, dass er von dieser Kreditermächtigung eventuell in Form einer verzinslichen Prämienanleihe Gebrauch zu machen beabsichtige.

Der Kabinettsrat erteilt die Zustimmung zur Einbringung der Vorlage in der Nationalversammlung.

## 3.

### *Verwertung des Blancaspitals in Blumau.*

Staatssekretär Ing. Z e r d i k führt aus, dass die Kosten des während des Krieges errichteten Blancaspitals, welches sich auf dem Territorium der Staatsfabrik Blumau befindet, bis zum Herbst 1919 vom Staatsamt für soziale Verwaltung getragen worden seien. Da dieses

Staatsamt erklärt habe, die Kosten nicht mehr bestreiten zu können, werde das Spital nunmehr vorläufig von der Staatsfabrik erhalten. Bei der herrschenden Spitalsnot sei es naheliegend, dieses Spital der Allgemeinheit zuzuführen, Staat, Land, Bezirk und Gemeinde hatten sich jedoch außerstande erklärt, das Spital zu übernehmen. Es seien daher im Einvernehmen mit den ausgebenden Faktoren Verhandlungen eingeleitet worden, um das Spital zweckentsprechend zu verwerten. Die um Blumau liegenden Gemeinden wären bereit, sich zu einem Zweckverbande zusammenzuschließen, der das Spital als Betriebsfaktor übernehmen würde. Bedingung wäre, dass das Spital diesem Verbande kostenlos oder gegen einen mäßigen Anerkennungs zins überlassen würde.

Redner erbitte sich im Interesse der Erhaltung dieses Spital es vom Kabinettsrate die Ermächtigung, die Verwertung des Objektes auf dieser Grundlage durchführen zu dürfen.

Der Kabinettsrat erteilt die erbetene Ermächtigung und weist gleichzeitig die zuständigen Ressorts an, hiebei die Grundeigentumsverhältnisse sorgfältig im Auge zu behalten.

## Kabinettsprotokoll Nr.137a = lange Fassung von b vom 14. Jänner 1920

1) Renner: Bericht über das Ergebnis der Prag-Verhandlungen. Um dieses Ergebnis vorweg zu nehmen, möchte ich bekannt geben, dass der Erfolg der Reise für uns in wirtschaftlicher Beziehung ein sehr magerer ist. Er ist hinter unseren eigenen Erwartungen zurück geblieben. Ich habe aber die Überzeugung, dass sich mehr nicht erreichen ließ. Wir haben gegenüber der Dezember-Lieferung der Tschechen in Kohle eine beträchtliches Mehr, wir hatten im Jahresdurchschnitt 19 eine Lieferung von 529 Wagen täglich, im Durchschnitt des 2. Halbjahres eine Lieferung von 460 Wagen, November und Dezember immer durchschnittlich 400. Während wir ausgingen ursprünglich von dem Vertrag 20 883, denn von der durchschnittlichen Jahreslieferung sind die Tschechen ausgegangen von den Lieferungen im Dezember und November von rund 400 Wagen täglich und haben gesagt, ihre Kohle ist verteilt, sie haben einen Verteilungsschlüssel im In- und Ausland. Sie müssen nach Deutschland, Polen, Ungarn und Italien abgeben, mehr als im Frieden und können uns nur etwas zuweisen, indem sie es anderen wegnehmen. Sie könnten sich höchstens entschließen zu einer Steigerung auf 500 Wagen. Wir haben darüber sehr lange gerungen, wir haben uns aber überzeugt, dass die Schwierigkeiten bei den Tschechen administrativ und politisch derart sind, dass sie von ihnen selbst nicht überwunden werden können. Benesch, Tusar, Hampel und alle Herren der Regierung haben sich geplagt, oder möglichst viel herauszubringen, aber es war nicht möglich wegen der administrativen und politischen Schwierigkeiten, wobei der Ausbruch des Ostrauer Streiks uns geschadet hat und politischer Natur, die Wahlen vor dem 1. April, die Kramar Leute erschienen, Nationaldemokraten, die in ihrer Presse eine gehässige Opposition gegen Deutschösterreich machen und sie sagen, nach den Wahlen wird man anders reden können. Das Kohlenergebnis ist so, dass das Gaswerk ohne Einschränkung aufrechterhalten werden kann und dazu wird die Menge des Gaswerks, die von den Ententemächten 110, 1.März 120 und diese sind absolut sichergestellt. Diese Ziffern der Ententemächte für das Gaswerk sind nach den Aussagen des Gaswerks zu niedrig gegriffen. Die Tschechen müssen das Quantum Gaskohle den Ungarn wegnehmen, sie haben keinen höheren Betrag als 110 Wagen täglich für das Gaswerk. Kohlen- und Verkehrskommission eingesetzt, welche diese Quantitäten sichern sollen. Die Tschechen aus eigenem Interesse zugestanden, dass Kohle geliefert wird, um die Stockungen im Eisenbahnverkehr zu beseitigen, damit sie 3-5000 stillstehende Wagen herausbringen und die von den Italienern verheißenen 2 ½ Tausend bekommen. Die wirtschaftlich gemeinsamen Interessen werden deutlich sichtbar und wir können empfehlen, dass die Kohlen- und Verkehrskommission beständig sein werden, unser Verkehrswesen in Bewegung zu bringen und die Kohlenlieferung zu vermehren. Viel machen die politischen Verhältnisse aus. Die Tschechen fühlen sich von den Ungarn bedroht und von den Polen, obwohl letzter Gegensatz unter Verbitterung der Rumänen ausgeglichen erscheint. Dagegen ist der ungarisch-tschechische Gegensatz unverändert und sie haben ein Interesse, dass von allen Nachbarn der Tschechen wir jene sind, wo die Reibungen am geringsten sind und sie versuchen müssen, uns entgegen zu kommen. Diese Lage haben wir ausgenützt und werden sie ausnützen bis zum Frieden mit Ungarn. Dann wird die Lage wieder schlechter werden. Es dürfte möglich sein, mancherlei Konzessionen zu erzielen, wenn diese auch wegen der Wahlen und der Natur der tschechischen Politik nicht zu erwarten ist, dass das offen und sehr beträchtlich geschehen kann. Sehr wichtig sind die Zuckerverhandlungen. Wir wissen, dass die Tschechen Zucker an die Entente verkauft haben und sie erzielen den Preis eher nach dem Kurs 21-22 K für das Kilo. Bei demselben Preis würde uns der Zucker ungeheuer zu stehen kommen. Selbst dieser Vertrag wird von der Presse angefochten, weil die tschech. Regierung zu wenig von der Entente verlangt, sie bekommen noch weniger als die Franzosen seinerzeit haben für den Zucker zahlen müssen. Sie haben es schwer, uns den Zucker billiger zu geben. Sie haben bei einem Preis von 21-22 K uns den Zucker 16 angeboten, wir hatten 10 und 12. Dann Kompromiss, wonach die Menge in 5 Teile geteilt wird à 500 Wagen zu 11 K, wobei die

*Tschechen für sich den Vorwand erfunden haben, der Zucker sei für Humanitätsanstalten. Die weiteren 12, dann 13, 14, 15, sodass bei 2500 Wagen ein Durchschnitt von 13 K = 40 K herauskommt, mit Steuer etwa 50 K. Das ist der Bedarf für 2 1/2 Monate. So gut wie sicher sind weitere 500 Wagen zugesagt und dabei sollen 15 K beibehalten werden. Sie müssen uns Rechenschaft ablegen wie wir das veranstalten. Seitz meint, dass die auswärtigen Sachen im auswärtigen Ausschuss, innere im Budgetausschuss vorbringt, dazu der Finanzausschuss auf übermorgen vertagt werden soll und der Auswärtige morgen 3 Uhr nachmittags zusammentreten sollen. Ich würde diesen Bericht über die Fragen der auswärtigen Politik morgen im auswärtigen Ausschuss erstatten und die Mitglieder des Kabinetts bitten hinzukommen, um den Bericht nicht mehrmals erstatten zu müssen, sowieso im Budgetausschuss.*

*Die gegenwärtige Regierung in Prag, Masaryk, Benesch, Tusar ist tatsächlich gewillt ohne natürlich auf eine Position des Friedens zu verzichten, uns entgegenzukommen und diese Mehrheit ist auch bereit, um den Deutschen in Böhmen entgegenzukommen. Tusar unterhandelt mit deutschen Sozialdemokraten und den deutschen Agrariern um eine Verständigung zu erzielen auf der Basis einer weitgehenden lokalen Verwaltung, wobei eine Absplitterung im alten Sinn nicht vorgesehen ist. Die Krise soll doch den deutschen Gebieten eine Mehrheitsstellung schaffen, dort wo die Minderheiten sind. Minderheitenstellung auf jede böhmendeutsche Einrichtung. Dagegen wehrt sich die nationaldemokratische Partei, welche eine bürokratische Verwaltung im ganzen Land will, den Deutschen jede lokale Verwaltung nehmen wollen und von der anderen Seite wehren sich tschech. Mähren, welche die Kronländer in alter Form erhalten wollen. Die tschech. Politik steht vor denselben schweren Problemen wie wir selbst. Die neue Nationalversammlung wird die Entscheidung zu treffen haben. Unser Verhalten zu den Tschechen wird sich danach richten, wer bei den Wahlen siegt. Jetziges Regime freundlich, anders National Wähler und Gegensatz. Die Deutschen haben zu dem gegenwärtigen Regime ein erhöhtes Vertrauen und wenn die deutschen Sozialisten und Agrarier die Überhand haben, so wird unter Einbeziehung Sozialisten und Agrarier ein gemischtes Kompromissregime entstehen wie bei uns.*

2) *Fink: Bericht über Koalitionsverhandlungen, bittet Eldersch um Bericht.*

*Eldersch: Das Koalitionskomitee hat sich in mehreren Sitzungen mit der Frage der Einbringung der Vermögensabgabe befasst. Vor allem wurde festgestellt, namentlich von der sozialistischen Partei, dass die Einbringung der Vermögensvorlage ungeheuerlich dringlich ist. Sie wurde monatelang verschoben. Die Bevölkerung, auf die wir Rücksicht zu nehmen haben und unsere Partei ist so erregt, dass wir glauben, dass nur durch die Einbringung der Vorlage die Gemüter beruhigt werden können. Gestern hat sich Ereignis in Berlin ereignet und wir fürchten, dass diese Ereignisse auf uns zurückwirken können und die Erregung in der Frage der Nichteinbringung der Vermögensabgabe entzünden könnte. Wir haben auch allgemeine Vermögensabgabe sachlich durchbesprochen und es ist schon in Erscheinung getreten, dass beide Parteien zu Konzessionen bereit wären. Wenn die Vorlage im Kabinettsrat beraten werden soll und dem gegenseitigen Standpunkt Rechnung getragen werden soll, so fordert das viel Zeit, die die Einbringung um Wochen verzögern wird. Ob die Arbeiterschaft diese Verzögerung politisch aushält, so müssen wir das verneinen. Es sind Methoden erörtert worden, um die Vorlage einzubringen ohne sich mit dem Verhalten zu identifizieren. Die Veränderungen, welche wir wünschen, sind mehr grundsätzlicher Natur, würde eine Umleitung verordnen, wähen die Christl. Soz. Wünsche leichter, in einigen Paragraphen wird ein Kompromiss zustande kommen. Bewertung der landwirtschaftlichen Güter wird ein Kompromiss schwer zu erreichen sein, weil Reinertrag verlangt wird, dagegen soll bei Kriegsanleihe Unterordnung unter Kapitalsicherung des ererbten Besitzes. Die verspätete Einbringung würde die politische Lage ungeheuer erschweren und seit gestern ist wohl besonders Anlass nichts zu tun, die Arbeiter zu erregen. Der Modus der Einbringung*

*ohne Belastung der Kabinettsmitglieder, weil im Haus zwischen den Parteien ein Kompromiss bezüglich Umleitung und endgültiger Gestaltung geschlossen werden muss und man dazu mehr Zeit hat. Die Vorlage ist eingebracht, beide Parteien erklären --- und überlassen den Parteien zu einem Kompromiss zu kommen. Es sind Vorschläge: die Herren im Kabinett beiderseits erklären in gewissen Parteien sei die Vorlage des Finanzamtes unerheblich und es muss eine Änderung der Parteien verlangt werden. Da die Einbringung der Vorlage unabweislich dringlich ist, verzichtet man auf die Detailberatung im Kabinett und ermächtigt das Finanzamt die Vorlage einzubringen mit der sich beide Parteien im Kabinett nicht einverstanden erklären, um der Nationalversammlung eine Grundlage für den Diskurs zu bieten. Der zweite Modus wäre, den Finanzausschuss von beiden Parteien aufzufordern eine Vorlage auszuarbeiten und der Ausschuss die Vorlage als Grundlage requiriert. Die großen Streitfragen über die Vorlage können nur in der Nationalversammlung entschieden werden, die Kabinettsberatung darüber wäre ganz unfruchtbar. Ich würde den ersten Modus für weniger kompliziert halten. Es ist eine Vorlage des Finanzamtes, die Herren im Kabinett können in der Frage ruhig die Verantwortung dafür ablehnen. Im Kreis des Kabinetts können wir die strittigen Punkte nicht entscheiden.*

*Fink: Einig, auch nach der Zeit nach dass spätestens am Freitag die Vorlage eingebracht wird. Nun muss ich noch sagen: gestern hatten wir Vorstandssitzung und ich hatte dann einen Gang. Der Vorstand ist weiter gegangen und da wurde mit Schärfe hervorgehoben, dass jeder andere Weg als dass das Kabinett wenigstens die krassesten Punkte ändert ein großer Echec für das Kabinett sei. Wenn man sich auf so etwas einlässt, so würde der zweite Vorgang mehr entsprechen, weil wir im Kabinett nichts gemacht haben. Dabei sind solche Sachen wie § 26, Bewertung der Realitäten mit Ausnahme der landwirtschaftlichen den erzielbaren Preis in Aussicht nehmen, das ist Gegensatz zu § 19 mit Gemeinwert. Erzielbarer Preis ist nicht der Gemeinwert. Es sind Bestimmungen darüber, wenn es für das Kabinett sehr unangenehm ist, wenn das Kabinett keine Änderung vornehmen kann. Vielleicht können wir zustande bringen im Kabinett, auf beiden Seiten die krassesten Änderungen vorzunehmen und das andere fort zu geben. Aber dass wir gar nichts machen im Kabinett ist für das ganze Kabinett unangenehm und nach dem letzten Vorstandsbeschluss für uns unmöglich.*

*Renner: Ich habe die Empfindung, dass ich gerade in dieser Angelegenheit mit dem Koalitionsausschuss ein ernstes Wort werde sprechen müssen wegen der Sache selbst und wegen der Begleitumstände, unter welchen die Krise entstanden ist. Ich muss auch mit ihm sprechen, um auf die allgemeine Lage hinzuweisen. Schon Eldersch hat auf Verhältnisse in Deutschland hingewiesen. Ich weise noch hin auf den vollständigen Sieg der Bolschewiken in Russland. Die Entente hat keine Armee zur Verfügung, die den B. entgegen treten könnte. Das ganze russische Reich ist in den Händen der B. und es ist nicht ausgeschlossen, dass sie im Frühjahr einen Vorstoß gegen Polen zu machen, wo sie den ganzen Staat niederwerfen können, zumal dort die Arbeiterschaft ganz ausgeschlossen ist. Auch die rechts stehenden Soz. sind in Opposition gegen das Regime. Auch die kleinen Bürger sind durch das Vordringen des Großgrundbesitzes erbittert. Ein Vorstoß der B. gegen Polen kann das ganze Europagleichgewicht umstoßen. Das Vorgefühl hat die ganze Arbeiterschaft. Die italienische Arbeiterschaft bekennt sich zur 3. Internationale, ebenso in der Schweiz. Wir können möglicherweise vor Verhältnissen stehen, welche uns die größte Vorsicht in allen sozialen Dingen aufnötigt. Dazu kommt bei uns besonders der Eindruck der tragischen Ereignisse in Berlin. Wie die Arbeiterschaft eben beschaffen ist, lässt sie sich von einem Rückschlag nicht abhalten und wir können erleben, dass eine Demonstrationslust wachgerufen wird, die sehr gefallen soll. Wegen der Vermögensabgabe ist sie schon gefordert worden. Wir haben bisher immer verstanden jede katastrophale Entwicklung durch kluges Verhalten voraus zu verhindern und wir haben jedes Mal bei einer sozialen Gehrung solche gesetzgeberischen oder andere Vorkehrungen getroffen, dass wir Katastrophe verhindert haben. Nun sind in der*

letzten Zeit Verschlechterungen eingetreten, welche zeigen, dass das Gefühl für die nötige Vorsicht in den Parteien nicht vorhanden ist, bei den Christl. Soz. und Sozialisten. Wir müssen uns darüber klar werden, dass wir mit dem sozialen Feuer nicht spielen dürfen in der Absicht irgendeine kleine Parteisymphathie dann zu kriegen. Denn der Gewinn bei Wahlen, das sind einige Mandate, welche an dem einmal gegebenen Kräfteverhältnis nach den sozialen Verhältnissen nicht ändern würden. Wir können durch parteipolitische Manöver nicht erreichen. Wir haben alles zu stützen auf die Vernunft, Vorsicht auf das Bestreben die Konflikte zu verhindern, durch die wir alle zusammen zugrunde gehen. So müssen wir auch hier handeln. Die Christlichen haben Recht, die Vorlage im Kabinett durch Wochen zu beraten. Wir hätten die Zeit gehabt, wenn Schumpeter(?) früher fertig geworden wäre. Wir müssen, um das Vertrauen der breitesten Masse der Bevölkerung, aller Schichten zu erhalten, müssen wir die gegebenen Versprechen so rasch als möglich einlösen und eine Vorlage bringen. Ich möchte ein Wort sagen im Interesse der Staatsregierung als Institution. Wir können die Staatsregierung nicht so arg diskreditieren lassen und ich bin mit einem vorgeschlagenen Weg einverstanden. Es ist ein fataler Zwischenfall, dass die Vorlage in der Reichspost früher erschienen ist. Den Vertrauensbruch hat kein Kabinettsmitglied begangen. Ein Abendblatt hat solche Konsequenz gezogen, dass Kabinettsmitglieder ohnmächtig sind. Ich bedaure das außerordentlich, es bleibt bedauerlich, dass das Blatt es gebracht hat, das es unmöglich gemacht hat, eine Änderung vorzunehmen. Ich kann nicht zulassen, dass das Finanzressort an sich dermaßen diskreditiert wird, das geht aus staatlichen Gründen nicht. Wir müssen versuchen herauszufinden und ich behalte mir vor, im Koalitionsausschuss einen Ausweg zu finden, welcher die Regierungsautorität nicht zu tief demütigt und der für alle Parteien erträglich ist. Ich haben den Eindruck, dass das auch innerhalb der christl. soz. Partei eine Gegensätzlichkeit benützt wurde, um niemandem anderen ein Bein zu stellen. Sonst hätte man durch die Publikation nicht vor unabänderliche Lage gestellt. Versuche nochmals in die Sitzung zu bringen und dort einen Ausweg zu suchen.

*Fink:* Könnten wir hier nicht versuchen hier das Krasseste zu ändern.

*Renner:* Es ist jetzt ganz unmöglich, die Vorlage zu ändern. Wird das geändert, was die Christl. Sozialen wünschen, so würde das für die Arbeiterschaft als Niederlage der Sozialisten vor der Beratung ausgelegt, der sie sich nicht hätten aussetzen müssen. Ändert man das, was die Sozialisten wünschen, so müsste man die Vorlage in den Grundlagen umarbeiten und das dauert zu lange. Die Arbeiterorganisationen fragen schon immer, wann sie aufmarschieren sollen, ich muss eindringen, um die Demonstration zu verhindern. Ich kann mich mit Änderungen nicht befreunden und ich bitte Fink und Eldersch mit den Klubvorständen zu verhandeln. Ich kann nicht einer Änderung zustimmen. Ich kann aber wieder im Gegensatz dazu nicht zugeben, dass entweder das Ressort für Finanzen oder jenes für Ackerbau bloßgestellt wird. Ich bitte Kabinett, keine Entscheidung zu fällen und die Sache nochmals in Koalition zu bringen.

*Deutsch:* Will versuchen einzugehen auf Gedanken der Christlichen. Bei den Verhandlungen über die Vermögensabgabe werden sie Erfolg brauchen, ebenso wie wir. Sie werden in die Lage kommen, den Wählern sagen zu müssen, das haben wir erreicht. Bei dieser Vorlage sollten wir nicht bei verschlossenen Türen verhandeln. Das erweckt Misstrauen und nützt nichts. Parteimäßig sind sie im Augenblick in einer ungünstigen Lage, weil sie durch die Vorlage bedeckt sind. Den Erfolg nehmen sie vorweg. Die Sozialisten werden nichts unternehmen, welche die Grundlage der Landwirtschaft antasten. Wenn wir zu einem Kompromiss kommen, aber weil dem so ist, werden sie den Erfolg umso nötiger brauchen. Einverständnis wäre angezeigt und die Partei hätte nichts, im Parlament bleibt die Kritik. Es soll manches der Entscheidung im Haus offen gelassen werden. Es ist ein Interesse der Parteien, sich zu einigen. Das ist ein Kompromiss, der im Haus nur Kritik auslösen wird. Wir müssen einen Kampf führen wegen der Vermögensabgabe, es ist für beide Teile besser, den



*Erfolg im offenen Haus zu erzielen. Von den beiden Vorschlägen Eldersch scheint mir nur der erste gangbar, der andere ist für die große Öffentlichkeit unmöglich.*

*Eldersch: In den letzten Tagen ist hingewiesen worden, dass in Deutschland die Vorlage schon erledigt ist, bei uns aber noch nicht eingebracht. Sogar die deutsche Regierung hat die Vermögensabgabe verabschiedet. Der Hauptwunsch der Christl. Soz. in § 25 und 26 sind wir auch nicht einverstanden. Unseren Wünschen sollen von Christl. Soz. entgegen gekommen werden, dazu ist aber eine Umarbeitung der Vorlage nötig, die Christl. Soz. wünschen zu berücksichtigen, wäre ein Signal für die Sozialisten, eine Niederlage vor der Schlacht. Dieser politischen Situation sind wir nicht gewachsen.*

*Stöckler: Die taktische Frage nach Deutschland ist für die Parteien vorteilhaft. Deutschland hat eingeführt, dass es besonders dringend ist wegen Erledigung der Vorlage in Deutschland. Der Vorgang, dass ein Ressort nur eine Vorlage ausarbeitet ohne mit den anderen in Fühlung zu treten, uns wieder auf den Weg führen wird. Es soll grundsätzlich Einvernahmen gepflogen werden. Für mich ist die Stellung noch schwerer, weil die deutsche Vorlage bekannt ist. Dort wird der Ertragswert zugrunde gelegt. Meine Stellung ist unmöglich. Wenn wir bei Gesetzesvorlagen auch vollständig ausgeschaltet sind und in Grundsätzlichem nicht Einvernehmen gepflogen wird, dann frage ich mich, warum ich da bin. In meiner politischen Stellung ist es unmöglich; größte Diskreditierung. Wenn wir es im Kabinett ändern, könnte es genießbarer werden. Mental glaube ich bestimmt, dass es zu einer Einigung kommen wird. Die Gegensätze sind nicht unüberbrückbar. Es ist das eine Frage eines ganzen Standes und ganzen Berufes, an dem auch die Sozialisten sehr interessiert sind. Ich würde es am besten erachten, wenn statt der taktischen Bearbeitung mental beraten und die Punkte so darlegen, dass wir uns einverstanden erklären können mit der Einbringung der Vorlage. Es handelt sich nicht nur um Wünsche der christl. soz. Partei. Denn wir vertreten geradeso das Volk als Volkspartei wie die Sozialdemokraten. Wenn eine Körperschaft nicht fähig ist, Vorlage so zu machen, dass sie für ihre Mitglieder annehmbar ist, so leiden wir darunter sehr im Ansehen.*

*Fink: Aufklärungen, wie die Sache in die Reichspost gekommen ist. Gestern Mittag bei Seitz Mitteilung, dass am Nachmittag des Tages vorher veröffentlichte christl. soz. Gemeinderatsmitglieder versammelt waren und dabei ein Mitglied der Versammlung vor Sitzungsbeginn ein Exemplar der Vermögensabgabe in der Hand hatte. Dann sind die anderen zum Obmann Kunschak gegangen und haben verlangt er soll ihnen auch ein Exemplar geben. Dieser wusste von nichts. Der Besitzer hat nicht gesagt von wem er es hat. Sagte er wisse nichts zu verschaffen. Nächsten Tag in der Reichspost. Einen Tag später war der Angriff in der Arbeiterzeitung, es muss ein christl. soz. Staatssekretär verraten haben. Wie das bekannt war, ist Kunschak mit Besitzer wieder zusammen gekommen und der Betreffende hat gesagt, der Lump bin ich. Gestern durfte ich plötzlich sagen und heute kann ich auch den Namen nennen. Dr. Glasauer, ein (christl. soz.) Wiener Gemeinderat. Wir kennen ihn nicht. Kunschak hat ihm die Veröffentlichung verboten. G. hat gefragt, wann wird eingebracht – Mittwoch – dann kommt es im Bezirksblatt – er hat es aber der Reichspost gegeben, ohne K. zu fragen.*

*Reisch: Ich will mich über die Aufgaben des Ressorts nicht verbreiten, aber es ist nicht Aufgabe des Landwirtschaftsamtes die Steuerfrage der Landwirte in seine Judikatur einzubeziehen. Dann wäre die Einbindung einer Steuervorlage überhaupt nicht möglich und ich müsste mit allen Staatsämtern Fühlung nehmen, Die Aufgabe des Finanzressorts ist es, die Vorlage nach finanzpolitisch richtigen Grundsätzen auszuarbeiten. Inwieweit sie politisch durchsetzbar sind, haben die politischen Parteien zu entscheiden, sie haben sich über eine Vorlage auseinanderzusetzen und zu trachten zu einem Kompromiss zu kommen. Der Finanzminister wird mit Fachkenntnis zur Seite stehen und zu entscheiden haben, ob der Kompromiss für ihn annehmbar ist, ob eine Einigung in den Fragen so leicht möglich ist, möchte ich dahin gestellt sein lassen, weil die Tendenzen ganz auseinander gehen. Der*

*Staatssekretär für Finanzen wird zu entscheiden haben, ob diese ungleichmäßige Behandlung der Objekte verantworten kann oder nicht. Die kritische Sonde wird nach der Richtung hin ausgelegt, ob eine gerechte Besteuerung erzielt wird, ob die Bevölkerungskreise verhältnismäßig angemessener Weise herangezogen. Die verschiedenen Anschauungen über diese Frage beweist das Beispiel Deutschland. § 25 ist in Deutschland mehrfach nach verschiedenen Richtungen hin geändert worden und dadurch war es gleich bei der Einbringung der Vorlage jene anzunehmen, welche der schließlichen Mehrheit entsprach. Wir können ebenso gut wie in Deutschland eine Vorlage einbringen, welche einen bestimmten Standpunkt einnimmt und es den Verhandlungen überlassen, inwieweit er beibehalten wird. Ich glaube, dass es wie bei allen großen Steuervorlagen der Fall war, es dem Ausschuss des Parlaments zu überlassen in die Beratungen einzugehen, denn dorthin sind jene Männer entsendet, welche das Plenum als Fachleute für Finanzfragen erachtet. Diesen können wir die Entscheidung ruhig überlassen. Ich würde mich in keiner Weise als kompromittiert erachten, wenn die Vorlage geändert wird und die Änderungen mit dem finanzpolitischen Gewissen vereinbar sind. Der Finanzminister ist bei den Beratungen auch dabei, er wird seinen Standpunkt vertreten, seinen Rat erteilen können und nach Möglichkeit dabei mitwirken, dass ein annehmbarer Kompromiss zustande kommt; sollte das nicht möglich sein, gibt es noch verschiedene Auswege über die Situation hinwegzukommen. Die Vorlage am Freitag einzubringen ist bei der geringsten Änderung unmöglich. Dann muss gesehen werden, ob die Paragraphen nach den Änderungen noch zueinander stimmen, und das in der kurzen Zeit zu machen ist unmöglich. Entweder nicht der Termin oder aber es wird auf Änderungen verzichtet. Beides zugleich ist gänzlich unmöglich.*

*Ellenbogen: Durch die Mitteilung Fink ist die Sache eigentlich nicht angenehmer, sonder unangenehmer geworden. Die Sache steht so, dass ein Mitglied der christl. soz. Partei dem Obmann mitgeteilt hat, dass er dieses Exemplar besitzt und dieser das Exemplar nicht weggenommen und gegen die Veröffentlichung nichts getan hat. (Fink: er hat ihm verboten, es im Bezirksblatt zu veröffentlichen. Er sagt, er möchte das veröffentlichen. Dann hat Kunschak gesagt, das darf nicht sein, es darf vor der Einbringung nicht veröffentlicht werden. Fragt, wann es eingebracht wird, K. sagte ihm noch. Dann sagte Glasauer unser Blatt erscheint am Donnerstag. Dann sagte er am Donnerstag wird es veröffentlicht werden usw. auch in Klammer, was Reisch gesagt hat ...)*

*Reisch: Die Fachmänner der Nationalversammlung sind im Ausschuss.*

*Renner: Es ist viel besser für die Parteien, ihre Erfolge im offenen Haus zu erringen, nur ist die Schwierigkeit, dass wir weder Landwirtschaft noch Finanz dabei kompromittieren dürfen.*

*Reisch: Ich bitte, dass die Verlautbarung darüber gemeinsam redigiert wird. Es wird sich auf der Basis, wie es steht, dass das Finanzamt nach finanzwissenschaftlichen Grundsätzen ausarbeiten und die politischen Grundsätze in der Hausberatung durchzusetzen sind.*

*Renner: Die Parteien sollen sich auch betätigen.*

*Reisch: Ich kann finanzpolitisch nur sagen, dass alle Objekte gleich bewertet werden. Sollen Ausnahmen gemacht werden, so muss das von den politischen Parteien beschlossen werden.*

*Zerdik: Wenn ein Kompromiss hervorgeht bitte ich beigezogen zu werden.*

*Mayr: Bedauere den Zwischenfall, aber auf der anderen Seite möchte ich auf dem Standpunkt stehen, dass ein verfassungsmäßiges Vorgehen vom Kabinett eingehalten werden soll. Mir scheint, ohne eine Ermächtigung des Kabinetts an den Staatssekretär für Finanzen kann die Vorlage nicht gut eingebracht werden, denn dann tritt ja in die Erscheinung, dass ein Oberkabinett regiert und wir sind dann ganz überflüssig hier. Wir sind ein gewählter Ausschuss der beiden großen Parteien der Regierung und wenn wir absperren, dann müssen wir unsere Stelle zur Verfügung stellen. Ohne Ermächtigung an den Staatssekretär für*

*Finanzen habe ich gegen Einwendung schwere Bedenken. Ebenso habe ich Bedenken, dass man nochmals an den Koalitionsausschuss herantritt und ihm die volle Entscheidung überlässt. Wenn wir auch keine Fachleute sind und nicht Einfluss nehmen auf die finanzpolitischen Gründe, so müssen wir doch eine Zustimmung geben. Dass die Sache gründlich geändert wird, ist klar und kein Unglück. Aber das Kabinett muss nach außen gedeckt werden. Ich habe gegen die vorgeschlagenen Verhandlungen nichts, aber irgendwie, selbst wenn nicht mehr Zeit ist für eine Änderung im Kabinettsrat, müsste die Ermächtigung erteilt werden zur Einbringung unter Vorbehalt.*

*Eisler: Wenige Mitglieder des Kabinetts sind gewohnt, sich mit Haltung der Provinz zu beschäftigen. Die Regierung wird es nicht lange aushalten, wenn die Sache behandelt wird, welche das Vertrauen in die Regierung so erschüttert ist. Es scheint allmählich sich die Überzeugung zu verbreiten, dass das Kabinett überhaupt nicht mehr imstande ist, die Vorlage einzubringen, denn die Veröffentlichung einerseits und andererseits die Verzögerung werden als Beweis dafür betrachtet, weitergehende Wünsche geäußert und es entsteht eine Stimmung, welcher die Behandlung gefährlich ist und das Vertrauen der Regierung gefährdet. Man muss zweifeln, ob man bedachte, die Vorlage nicht vielmehr geändert und die Erledigung der Sache selbst als wenn man über Gegensätze durch einen Ausweg hinweg zu kommen sucht. Wenn man nicht selbst dem Koalitionsausschuss angehört, also kann man nicht verstehen, warum die Sache so schwierig sein soll. Reisch wird die Vorlage im Haus einbringen und begründen warum in dieser Rede nicht dasjenige zum Teil wiedergegeben sein soll, was im Kabinett an grundsätzlicher Auffassung zu Tage getreten ist, warum nicht zugegeben werden soll, dass es sich so um einen Vorschlag unter einer ganzen Anzahl möglicher gehandelt hat, welche das Finanzamt in einem bestimmten Punkt in die Vorlage aufgenommen hat. Ich haben von Fink einen Appell an die Juristen gehört, ob man das noch als Gemeinwert bezeichnen kann, was die Vorlage als solchen bezeichnet. Ja man kann das, wenn man einer viel verbreiteten Meinung über den Begriff des Gemeinwertes sich anschließt, darüber kann man verschiedener Meinung sein, auch darüber, ob man Absatz 1 des § 25 gegen jene unmögliche Auslegung, welche Stöckler befürchtet als genügend erachtet durch den Satz 2 oder ob man das anders macht. Da sind Dinge, die Staatssekretär für Finanzen in seiner Rede zumal ungefährlich behandeln kann und dann diese Erklärung im Kabinett beraten wird, so kann das Kabinett auch sachlich über jene Punkte, von denen man will, dass uns Reisch belehrt die Auffassung kund zu geben. Es kommt also ein Kommentar über die Auffassung im Kabinett zustande, es ermöglicht das auch die Einbringung. Die Vorlage gibt bei den Arbeitern in der Provinz zu erregten Auseinandersetzungen Anlass, die Regierung kann ebenso nicht sagen, wir haben damit nichts zu tun. Dieser Weg, dass alle Reservation, welche die Mitglieder des Kabinetts als notwendig erachten, dürfte gangbar. Die Situation ist zu beweglich, als dass man an der Form oder durch den Streit um die Form die Reisch Einbringung verzögern dürfte. Der Termin Freitag ist nach der Stimmung in Steiermark der alleräußerste.*

*Renner: Man muss einer weiteren Entfaltung der Gegensätze vorbeugen. Das ist erwägenswert.*

*Eldersch: ½ 1 Koalitionskomitee.*

*Renner: Ermächtigung noch einmal vor K.-Ausschuss zu bringen und nach Ergebnis der Beratung Vertrag an das Kabinett zu stellen. Die Parteien können nicht dauernd in dem Zustand sein, dass sie ihr Vertrauen teilen. Kabinett und Mitglieder des K.- da muss der K.- Ausschuss die Regierung übernehmen. Solange ein K.-Ausschuss und bereit, ist es sehr erwünscht, wenn er Vorschriften machen will, muss er die Regierung übernehmen.*

*Reisch: Kreditermächtigung. Kassenbestand zu Ende 7 Milliarden Defizit und hat erst über 4.5 Milliarden Ermächtigung zur Kreditaufnahme. Ich nähere mich den 7.2 Milliarden*

*Abgang. Daher ist jetzt am Ende Jänner wieder ein Stück oder den Rest des präliminierten Defizits in Anspruch zu nehmen. Das Defizit vergrößert sich neuerlich durch eine Reihe von Beschlüssen, die viel Geld kosten, besonders die Staatsangestelltenbezüge. Ich kündige daher an, dass wir im Budget einen höheren Betrag ausweisen werden und daher eine weitere Kreditermächtigung im Finanzgesetz ansprechen müssen. Ich würde es gerne sehen, wenn ich eine besondere Vorlage nicht einbringen müsste, sondern durch rasche Erledigung des Finanzgesetzes erteilt würde. Rasche Verabschiedung des Finanzgesetzes ist nicht möglich infolge der Bestimmungen der Geschäftsordnung. Hingegen möchte ich die Regierung bitten, diese Operation eventuell auch durch Ausgabe einer verzinslichen Prämienanleihe realisieren zu dürfen. Im Mitteilungsbericht werde ich das ergänzen im letzten Absatz. Damit wird in der Öffentlichkeit der Zeitpunkt näher begrenzt, zunächst Hinleitung des ernststen Willens der Herstellung geordneter Finanzzustände. Ermächtigung mit diesen Änderungen die Vorlage einbringen zu dürfen.*

*Beamte sollen sich ihren Pensionsfond, auch ihren Krankenfond selber zahlen. Da die Bezüge der öffentlichen Angestellten zurückbleiben, sind sie auch nicht imstande die teuren Ärzte selbst zu bezahlen. Ich halte dafür eine solche Vorlage auszuarbeiten. Frage ob das Finanzamt sich in einen solchen Entwurf einlassen darf. Ich meine, dass wir diese Einlassung Beschluss fassen sollten.*

*Reisch: Finanzamt sagt, wir haben schon soviel Geld für die Angestellten ausgegeben, dass wir vor neuen kostspieligen Aktionen absehen müssen. Geschieht es trotzdem, muss eine Konstruktion gewählt werden, welche die Belastung des Staates von vornherein auf ein erträgliches Maß einschränkt. Deswegen haben wir Verwahrung eingelegt, dass der Entwurf gegen die Organisation hinaus gegeben wird. Denn ist das geschehen, dann wird nicht davon mehr abgegangen werden. Wenn der Kabinettsrat sich mit der Vorlage beschäftigen will trotz schlechter Finanzlage, so muss ich darauf bestehen, dass der Entwurf zwischen den Ressorts vereinbart und die Betragsleistung des Staates auf bestimmte Beträge beschränkt und eine Defizitdeckung des Staates von vornherein ausgeschlossen wird.*

*Fink: Möchte bitten, dass nachdem man es hier nicht lösen könnte, auf nächsten Kabinettsrat vertagt wird.*

*Mayr: Wir müssen zu einer Verwaltungsreform kommen und das wird etwas Furchtbares werden. Entweder wird sie rechtzeitig gemacht oder es kann nicht weiter gehen. Wir müssen nicht verstaatlichen, sondern entstaatlichen. Der Staat kann nicht ohne gewaltigen Abbau bestehen. Der Staat wird keine Beträge mehr leisten können. Auch in solchen Fragen müssen die Beamten zur reinen Selbstverwaltung erzogen werden und die Bevormundung durch den Staat muss aufhören. Staat wird als Arbeitsgeber Beträge leisten können, aber nicht als Staat als solcher. Entscheidung für morgen Abend vertagt.*

*Zerdik: Blankospital. Grundeigentum dürfen wir nicht hergeben.*

*Eisler: Die Grundfrage in den militärischen Lagern ist vollkommen ungelöst. Besitz wird im Haus nicht verhandelt.*

*Renner: Ressort wird beauftragt die Grundeigentumsverhältnisse sorgfältig im Auge zu behalten.*

KRP 137 vom 14. Jänner 1920

Beilage zu Punkt 1 betr. Fernspruch vom cs. Minister Benesch aus Prag an StK. Renner über die anstehenden Verhandlungen in Prag (3 Seiten)

Beilage zu Punkt 2 betr. Gesetz für Kreditoperationen (3 Seiten, gedruckt)

Beilage zu Punkt 3 betr. Antrag des StA f. Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten auf Verwertung des Blancaspitals in der Staatsfabrik Blumau (2 Seiten)

Herrn Staatskanzler



Fernspruch.

Dr. Marek,

ddto.

Prag, 9. Jänner 1920.

1005  
M

aufg.	U. 4	1M.	p.m.
einget.	"	"	

Ich bitte Nachfolgendes dem Herrn Staatskanzler noch vor Abreise bekanntzugeben:

Minister Dr. Benesch bittet, alle Zeitungs-Communiqués über die Prager Verhandlungen nur einvernehmlich mit dem tschechischen Pressbureau zu verfassen, damit nicht eventuell Wiener Zeitungen mehr oder anders informiert werden als Prager und umgekehrt.

Audienz bei Präsidenten Masaryk findet Sonntag 11 Uhr vormittags statt.

Nachfolgendes Programm für den Gang der Verhandlungen habe ich heute mit Dr. Benesch vereinbart:

Programm:

Um  $\frac{1}{2}$  11 Uhr vormittags, oder wenn sich die Ankunft verzögert, um  $\frac{1}{2}$  2 Uhr nachmittags fährt die Delegation auf den Hradschin, wo der Kanzler in Kürze mit Minister Dr. Benesch den prinzipiellen Vorgang bei den Verhandlungen besprechen und sich hinsichtlich einiger, rein politischer Fragen ins Einvernehmen setzen wird. Indessen werden die anderen Herren im Ministerrats-Präsidium mit den tschechischen Ressortministern und den Vorsitzenden der einzelnen Kommissionen bekannt gemacht. Nachmittags 4 Uhr beginnt die Arbeit mit den Fachkommissionen, die wie folgt zusammengesetzt sind:

000001



51

Kommission I (politische Fragen, wie Staatsbürgerschaft, Uebersiedlungsfristen usw). Einberufen vom Ministerium des Innern. Beteiligte Ministerien: Ministerratspräsidium, Inneres, Unterricht, Justiz, Finanzen, Aeusseres.

Kommission II (Liquidation der Hilfsmittel für die Verwaltung, Artikel 93). Einberufen vom Ministerium des Innern. Beteiligt sind alle Ministerien. Die Kommission verhandelt auch über Artikel 192 und 196 b.

Kommission III (Grenzfragen). Einberufen vom Ministerium des Innern. Beteiligte Ministerien: Inneres, Öffentliche Arbeiten, Eisenbahn, Post und Telegraphen, Nationale Verteidigung, Finanz und Justiz, Ackerbau, Aeusseres.

Kommission IV (Nostrifikationen). Einberufen vom Handelsministerium. Beteiligte Ministerien: Handel, Justiz, Inneres, Eisenbahn, Finanzen, Öffentliche Arbeiten, Aeusseres.

Kommission V (handelspolitisch). Einberufen vom Handelsministerium. Beteiligte Ministerien: Handelsministerium, Finanzen, Öffentliche Arbeiten, Eisenbahn, Nationale Verteidigung, Post und Telegraphen, Ackerbau, Ernährung, Gesundheitsministerium, Aeusseres.

Kommission VI (Herausgabe der Depositen). Einberufen vom Finanzministerium. Beteiligte Ministerien: Finanz, Justiz, Handel, Nationale Verteidigung, Soziale Fürsorge, Inneres, Post und Telegraphen (Checkverkehr).

Kommission VII (Ausgleich der Schulden). Einberufen vom Finanzministerium. Beteiligte Ministerien: Finanzen, Öffentliche Arbeiten, Inneres, Landesverteidigung, Ackerbau, Soziale Fürsorge, Aeusseres.

Kommission VIII (Arbeitslosenunterstützung). Einberufen vom Ministerium für Soziale Fürsorge. Beteiligte Ministerien: Öffentliche Arbeiten, Justiz, Eisenbahn, Finanz, Handel, Aeusseres.

Alle diese Kommissionen werden ihre Sitzungen im Gebäude der betreffenden Ministerien abhalten. Den Vorsitz führt der Vertreter des einberufenden Ministeriums und dieses stellt auch einen



Sekretär für die betreffende Sektion, bei welcher die Protokolle redigiert und allenfalls auch als Dolmetsch fungieren wird. Die Verhandlungssprache ist böhmisch und deutsch. Die Protokolle werden in tschechischer Sprache geführt. Die deutschen Reden werden im Original aufgenommen und über Wunsch der österreichischen Delegation wird der betreffende Sekretär die Uebersetzung des ganzen Protokolles ins Deutsche besorgen. Zu seiner Unterstützung wird jeder Sektion ein Kannerstenograph für beide Sprachen beigegeben sein.

Samstag den 10. Jänner werden die tschechischen Delegierten um eine Stunde früher, das heisst um drei Uhr nachmittags, in den betreffenden Ministerien zu gemeinsamen Verberatungen zusammentreten.

Die erste Sitzung wird in den einzelnen Ministerien für alle Kommissionen gemeinsam sein, welche das betreffende Ministerium einsetzt; nach Eröffnung der Sitzung gehen die Teilnehmer in die einzelnen oben angeführten Subkommissionen auseinander.

Das Resultat der Beratungen in den einzelnen Subkommissionen wird, zusammengefasst als Entwurf, den einzelnen Regierungen vorgelegt und nach Anhörung des Aussenministers, allenfalls nach Einholung der Zustimmung durch die Regierung, vom betreffenden Ressortminister unterfertigt.

Anmerkung: Die Kommission III (Grenzfragen) wird sich nach der Konstituierung in Prag in irgendeine Grenzstadt, am ehesten nach Budweis begeben wo sie ihre Arbeiten an Ort und Stelle fortsetzen wird.



000003

52

ad 2/10/20

1

# Gesetz

vom 1. Jänner 1920,

betreffend

Kreditoperationen.

Die Nationalversammlung hat beschlossen:

## § 1.

(1) Der Staatssekretär für Finanzen wird ermächtigt, in der Zeit vom Inkrafttreten dieses Gesetzes bis 30. Juni 1920:

1. die Mittel für durch normale Staatseinnahmen nicht bedeckte Staatsausgaben, soweit sie im Rahmen der in § 2, Absatz 1, Punkt 1, des Gesetzes vom 4. Juli 1919, St. G. Bl. Nr. 344 und im § 1, Punkt 1, des Gesetzes vom 21. November 1919, St. G. Bl. Nr. 530, erteilten Vollmachten oder durch Erhöhung der normalen Staatseinnahmen nicht bedeckt werden können, durch weitere Kreditoperationen bis zum Höchstbetrage von 2750 Millionen Kronen zu beschaffen;

2. die fälligen Beträge der Staatsschuld der Republik Österreich zu prolongieren oder umzuwandeln;

3. zur Befriedigung unabweisbarer Bedürfnisse Garantien zu übernehmen.

(2) Die in Absatz 1, Punkt 1 und 2, erteilte Ermächtigung zu Kreditoperationen umfaßt auch die Ausgabe einer verzinslichen Prämienanleihe.

(3) Insofern Kreditoperationen zur Prolongierung, Umwandlung oder Tilgung bestehender Schulden vorgenommen werden, sind sie bei Anwendung der Bestimmung des Absatzes 1, Punkt 1, über den zulässigen Höchstbetrag von Kreditoperationen außer Anschlag zu lassen, ebenso sind die Beträge der gemäß Absatz 1, Punkt 3, übernommenen Garantien in den angegebenen Höchstbetrag nicht einzurechnen.



1

000004

21

(4) Den Staatsschulden der Republik Österreich werden solche Schulden des ehemaligen Österreich, die im Sinne des Friedensvertrages von St. Germain von der Republik Österreich zu übernehmen sind, gleichgehalten.

§ 2.

Mit dem Vollzuge des Gesetzes, das am Tage seiner Kundmachung wirksam wird, ist der Staatssekretär für Finanzen betraut.

000005



ad Ay

ad 3.)

Antrag für den Kabinettsrat .

Auf dem Territorium der Staatsfabrik Blumau steht das während des Krieges errichtete Blancaspital. Dieses Spital hat 300 Betten ist im Pavillonssystem massiv gebaut. Derzeitiger Krankenstand 10 - 15 Mann.

Die Kosten für dieses Spital wurden bis zum Herbst 1919 vom Staatsamt für soziale Fürsorge ( Volksgesundheit ) getragen. Das Staatsamt erklärte sodann die Kosten nicht mehr tragen zu können. Seither werden die Kosten, die sehr bedeutend sind, von der Staatsfabrik bestritten.

Bei der herrschenden Spitalsnot war es naheliegend dieses Spital, welches nichts weniger als ausgenützt ist, der Allgemeinheit zuzuführen. Staat, Land, Bezirk und Gemeinde erklären das Spital nicht übernehmen zu können.

Es wurden daher im Einvernehmen mit den massgebenden Faktoren Verhandlungen eingeleitet, um das Spital zweckentsprechend zu verwerten. Die um Blumau liegenden Gemeinden waren bereit, sich zu einem Zweckverbände zusammen zu schliessen, der das Spital als Betriebsfaktor übernehmen würde. Bedingung wäre, dass das Spital diesem Verbände kostenlos oder gegen einen mässigen Anerkennungszins überlassen würde.

Eine Kommission bestehend aus Vertretern der Staatsregierung, des Landes und der Bezirkshauptmannschaften Baden, Nödling und Wr. Neustadt hat das Spital besichtigt, dasselbe im tadellosen Zustande und vorzüglich eingerichtet befunden und den oben skizzierten Plan ~~und~~ Rücksicht auf die vorhandene Spitalsnot auf das lebhafteste begrüsst. Der Vertreter des Landes hat diesem Plane jedoch nur unter der Bedingung zugestimmt, dass aus der Übernahme des Spitals den betreffenden Gemeinden keine zu grossen Kosten erwachsen.

000007



Da es sich um ein Demobilisierungsgut handelt könnte nach den bestehenden Vorschriften die Verwertung des Spitals nur durch die Hauptanstalt für Sachdemobilisierung erfolgen. Dieser stehen zwei Möglichkeiten offen. Entweder das Spital als solches zu verkaufen. Da es weder der Staat noch das Land etc. übernehmen können und wollen, bliebe nur die Veräußerung an einen Privaten übrig. Dies ist unmöglich weil sich hierzu niemand finden wird und es der Staatsfabrik auch nicht gleichgültig sein kann, wenn wildfremde Leute mitten in den Betrieb hineinkommen. Der zweite Weg ist, dass das Spital seitens der Hauptanstalt auf Abbruch verkauft wird. Bei Einschlagung dieses Weges geht ein schönes für die Umgebung von Blumau und die Staatsfabrik selbst wichtiges Sanitätsinstitut verloren. Es wird aber, wenn das Spital nicht kostenlos an den Zweckverband abgegeben werden kann, einfach nichts anderes übrig bleiben als diesen letzteren Weg zu betreten.

Die Angelegenheit ist für die Staatsfabrik sehr dringend, da sie nicht in der Lage ist länger die Kosten für ein Spital zu tragen.

Der Kabinatsrat wolle in Würdigung der vorgebrachten Gründe entscheiden, dass das Blancaspital in Blumau erhalten bleibe und an die zu einem Zweckverband vereinigten umliegenden Gemeinden kostenlos resp. gegen mässigen Anerkennungszins abgegeben werden dürfe.